

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

5. Dezember 1951.

356/J

Anfrage

der Abg. E l s e r und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz,  
betreffend die ungerechtfertigte Beschlagnahme eines Plakates, das einen Brief  
des Arbeiterbetriebsrates der Hütte Donawitz an den Alliierten Rat enthält.

-.-.-

Der Betriebsrat der Hütte Donawitz hat im Oktober im Namen der Belegschaft  
seines Betriebes beim Alliierten Rat Einspruch gegen die Kriegsvorberei-  
tungen auf österreichischem Territorium erhoben und beschlossen, einen  
Brief an den hohen Alliierten Rat in Wien zu richten, in dem der Alliierte  
Rat im Hinblick auf seine Verpflichtung, die Wiederherstellung der Unab-  
hängigkeit Österreichs zu garantieren, ersucht wird, gegen die Kriegs-  
vorbereitungen in Österreich Stellung zu nehmen.

Der Brief hat folgenden Wortlaut:

"15.10.1951

An den

Hohen Alliierten Rat

in Wien

D/204/Sst.

Die Arbeiter der Hütte Donawitz haben während der letzten Monate wiederholt  
davon Kenntnis erhalten, dass in Österreich ausländische Militärstütz -  
punkte, Militärlager, Kasernenbauten, Munitionsdepots und Militärflugplätze  
errichtet werden. Ausserdem werden neue Strassen, die eindeutig militäri-  
schen Zwecken dienen, angelegt und Strassen aus strategischen Gründen ver-  
breitert, Brücken verstärkt und unterminiert.

Der Betriebsrat der Hütte Donawitz erhebt im Namen der Arbeiter  
seines Betriebes beim Hohen Alliierten Rat Einspruch gegen diese Kriegs-  
vorbereitungen auf österreichischem Territorium. Der Betriebsrat der Hütte  
Donawitz ersucht den Hohen Alliierten Rat im Hinblick auf seine Verpflich-  
tungen, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs zu garantie-  
ren, gegen die erwähnten und bereits im ganzen Land Österreich bekannt-  
gewordenen Kriegsvorbereitungen in Österreich Stellung zu nehmen.

Der Arbeiterbetriebsrat  
Hütte Donawitz

Pei/Lai"

Alle Feststellungen des Briefes des Arbeiterbetriebsrates der Hütte  
Donawitz entsprechen der Wahrheit. Der Brief gibt Zeugnis von dem ho-  
hen Verantwortungsbewusstsein der Arbeiterschaft dieses Betriebes. Die  
Stellungnahme der Donawitzer Arbeiter ist ebenso wie die Stellungnahme  
der Arbeiter anderer grosser Betriebe Österreichs gegen die Kriegsvor-  
bereitungsmassnahmen, auch der Öffentlichkeit mitgeteilt und durch die  
Presse publiziert worden. Als jedoch dieser Brief ohne jedwede Hinzü-

12.Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

5.Dezember 1951

fügung oder Auslassung in Form eines Plakates gedruckt wurde, erfolgte auf Antrag der dem Bundesminister für Justiz unterstehenden und an seine Weisungen gebundenen Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme dieses Plakats. In dem Beschlagnahmebeschluss, der sich auf § 308 des Strafgesetzes bezieht, wird behauptet, dass der Inhalt des Plakats, also der Brief an den Alliierten Rat, geeignet sei, die Öffentlichkeit zu beunruhigen und die öffentliche Meinung des Auslandes über die Verhältnisse (in Österreich) in ungünstigem Sinne zu beeinflussen, ohne dass zureichende Gründe, den Inhalt für wahr zu halten, gegeben seien, und dass daher das Plakat als eine Verbreitung eines falschen Gerüchtes anzusehen sei. Es ist offenkundig, dass keinerlei gesetzliche Grundlagen für diese Beschlagnahme vorliegen, wie sich auch aus dieser fadenscheinigen Begründung ergibt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachfolgende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister für Justiz bereit, die zuständige Staatsanwaltschaft anzuweisen: den ungerechtfertigten Beschlagnahmeantrag gegen das Plakat des Arbeiterbetriebsrates der Hütte Donawitz, das einen Brief an den Alliierten Rat enthält, und den Antrag auf Verfolgung des für den Inhalt des Plakates Verantwortlichen sofort zurückzuziehen und die Staatsanwaltschaften anzuweisen, solche völlig ungerechtfertigte Beschlagnahmeanträge in Zukunft zu unterlassen ?

- . -